

Allianz der Wissenschaftsorganisationen

Pressemitteilung

Alexander von Humboldt-Stiftung

Deutsche Forschungsgemeinschaft

Fraunhofer-Gesellschaft

Hochschulrektorenkonferenz

Leibniz-Gemeinschaft

Deutsche Akademie der Naturforscher Leopoldina –
Nationale Akademie der Wissenschaften

Deutscher Akademischer Austauschdienst

Helmholtz-Gemeinschaft

Max-Planck-Gesellschaft

Wissenschaftsrat

20. Oktober 2020

Allianz: „Bonner Erklärung“ wichtiger Schritt für die Wissenschaftsfreiheit

Als einen bemerkenswerten und wichtigen Schritt der europäischen Ministerkonferenz zum Europäischen Forschungsraum begrüßt die Allianz der Wissenschaftsorganisationen die heute verabschiedete „Bonner Erklärung zur Forschungsfreiheit“. Die Wissenschaftsministerinnen und -minister trafen sich anlässlich der deutschen EU-Ratspräsidentschaft in Bonn.

„Mit der Erklärung stärkt und flankiert die Politik die Bemühungen der Wissenschaftsorganisationen um weltweite Wissenschaftsfreiheit“, so Prof. Dr. Peter-André Alt, Präsident der aktuell in der Allianz federführenden Hochschulrektorenkonferenz (HRK). „Wir brauchen solche klaren politischen Zeichen für die Freiheit der Forschung als Grundwert der Europäischen Union und als Prinzip der internationalen Forschungszusammenarbeit. Mobilität und freier Austausch sind Bedingungen einer erfolgreichen Wissenschaft.“

Die Vereinbarung eines kontinuierlichen Monitorings zur Lage der Forschungsfreiheit sei als konkrete Absprache außerordentlich wichtig: „Wir werden die Verantwortlichen beim Wort nehmen und gegebenenfalls auf Konsequenzen drängen. Als höchstes Gut darf Wissenschaftsfreiheit keiner Einschränkung aufgrund politischer Beweggründe unterliegen.“

Die Unterzeichnerinnen und Unterzeichner der „Bonner Erklärung“ verpflichten sich, den kritischen Diskurs zu schützen und Verletzungen der Forschungsfreiheit zu ächten. Das bedeutet den Schutz von Forscherinnen und Forschern durch staatliche Institutionen sowie auch Schutz vor staatlichen Eingriffen in die Forschungsfreiheit. HRK-Präsident Alt: „Der Erklärung müssen gemäß diesem Anspruch politische Taten folgen. Zur Verteidigung der Wissenschaftsfreiheit gehört es auch, populistisch motivierter Faktenverzerrung den Boden zu entziehen. Die Wissenschaft betrachtet es als ihre verantwortungsvolle Aufgabe, wissenschaftliche Verfahren und Ergebnisse klar und möglichst nachvollziehbar zu kommunizieren und sich Diskussionen darüber zu stellen. Sie hält das für einen wichtigen Beitrag, um das Bewusstsein für die Bedeutung einer unabhängigen Forschung gesellschaftlich zu verankern.“

In vielen Staaten ist die Freiheit der Wissenschaft akut gefährdet, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler werden in ihren Arbeitsmöglichkeiten eingeschränkt, als Regimegegner verfolgt oder gar verhaftet. Die Wissenschaft in Deutschland hat sich verpflichtet, in ihren eigenen Organisationen weiterhin und verstärkt Schutz und Perspektiven für gefährdete Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus dem Ausland zu bieten und sich aktiv an Programmen und Netzwerken wie Academy in Exile oder Scholars at Risk zu beteiligen. Anlässlich des 70-jährigen Bestehens des Grundgesetzes hat die Allianz der Wissenschaftsorganisationen im August letzten Jahres 10 Thesen zur Wissenschaftsfreiheit als Selbstverpflichtung verabschiedet.

Medienkontakt:

Susanne Schilden

Bereichsleiterin Kommunikation | Pressesprecherin

Hochschulrektorenkonferenz

Tel.: 0228/887-152; Mail: schilden@hrk.de